

Sächsische Zeitung

Nr. 244.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Sonntag, 27. Mai 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1723. Eing. Nr. Brauhausstr.
Erschließung: Dr. Walter Gehresleben in Halle a. S.

Abgabegebühren 1. d. festgesetzten Belegpreise ab dem Stamme 1. Halle u. den Stadtkassen
auswärts 2. d. Bekommen am Schluss des rechnungsfreien Zeit bis Seite 100 Pf.
Anzeigen-Kannakombi. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstellen in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon Amt VII Nr. 11 404.
Druck und Verlag von Otto Klemm in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 27. Mai.

*** Deutsch-Südwestafrika.** Hauptmann Wagnan meldet, wie der „Berliner Z.“ schreibt, aus Fringa, daß sich jetzt sieben Hauptanführer der Aufständischen des Bezirks auf der Station festgesetzt worden sind. Es fehlt dort nur noch ein Nabelsführer. Zahlreiche kleinere Unternehmungen mit Waffenabgabe finden dauernd statt. Insgesamt haben sich bisher 900 wehrfähige Männer freiwillig unterworfen. Aus Wabenge wird berichtet, daß die Zumben der Manganabene sich zum größten Teil unterworfen haben, ebenso schreien die Unternehmungen in den Sultanaten Jafara und Siberege fort. Offener Widerstand wird jetzt nur noch in der Gegend bei Mungo beobachtet. Die aufständisch gewordenen Zumben Mungo und Manganawa des Bezirks Morogoro sind am 15. gehängt worden.

*** Deutsch-Südwestafrika.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Unteroffizier Friedrich Meyer, geb. zu Neudorf, früher Infanterie-Regiment Nr. 128, ist am 20. Mai im Feldlazarett Methmann an Scharlach gestorben. — Nachtraglich wird gemeldet: Am 4. Mai wurde Oberleutnant Ernst Molire, geb. zu Rührin, früher Jäger-Bataillon Nr. 4, bei Kookisley verunehrt (Quetschwunde am linken Unterarm und Weichteilschuß ins Gesicht).

*** Zur Teilnahme an der 35jährigen Jubelfeier der Unabhängigkeit des Reiches.** Besten-Sturm vom Hauptunteroffiziertrio traf Sonntag mittags um 1 Uhr 5 Min. der Krampung mit Geleite in Westow ein und wurde auf dem Bahnhof von den Spitzen der Behörden empfangen. Landrat Krosche hielt eine Begrüßungsansprache. Dann fuhr der Krampung unter Oldenscheidts durch die reichgeputzten Straßen der Stadt nach dem Kreisbau, wo eine offizielle Feier stattfand. Um 2 1/2 Uhr begann sich die feierliche Parade nach dem Grünen Baum, wo vor 350 Jahren die Huldigung vor dem Kurfürsten Hans von Nassau erfolgte. Bürgermeister Verthold hielt eine Ansprache und bot dem hohen Gaste einen Ehrentrank dar. Darauf wurde ein Gedächtnisbild in der Straße abgehalten.

*** Der König von Rumänien dankte** für das ihm zu seinem Jubiläum durch den Grafen von Buxarini überreichte kaiserliche Dankschreiben und für das persönliche Glückwunschtelegramm des Kaisers in einem Telegramm nach Bukarest mit warmer Begrüßung.

*** Veronalnachricht.** Dem Vorliegenden des Deutschen Stillschmittes zur Untersuchung der durch das Erdbeben in Italien Geschädigten, dem Fürsten Otto zu Salm-Horstmar, hat der König von Italien das Großkreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens verliehen.

*** Die Schiffenbauten 1906.** Der Marinestat ist jetzt in dritter Lesung genehmigt worden. Er fordert im ganzen sieben Neubauten für die Flotte, nämlich die Linienfahrer „Eras Bayern“ und „Eras Sachsen“, den Panzerkreuzer „Eras“, die Kreuzer „Eras West“ und „Eras Ost“, den Minenpanzer „B“ und einen Tender für die Artillerieflotte. Dazu kommen noch zwei Torpedobootschiffe von je sechs Booten. Zum Bau vergeben wird bis jetzt der Kreuzer „Eras West“ an die Kaiserliche Werft Danzig und je eine Torpedobootschiff an die Schichauwerft in Elbing und die Germaniawerft in Kiel. Die Vergabe der übrigen Aufträge wird nicht lange mehr auf sich warten lassen, denn Vorverhandlungen und Verhandlungen zwischen dem Marineministerium und den Werften haben bereits stattgefunden. Wie man hört, sollen die Minenfahrerbauarbeiten die Privatwerften vergeben werden. Bekanntlich geht die Marine zum Bau der Neubauten von Werften an, die einen größeren Bau über. Hoffentlich gelingt es, die bisherige Baufrist eingehalten und sie später trotz der wachsenden Größe zu verringern.

*** Von der Marine.** Das Schiffsamt des Deutschen Schiffsverkehrs „Großschiff in Elisabeth“ ist am Sonntag nach Westfalen in Speyerhafen eingetroffen und wird am 28. Mai nach Jöhobot weitergehen.

*** Die Budgetkommission des Reichstags** hatte vor Beginn der Beratung am Sonntag die Vorberatung des Ergänzungsetzes für Deutsch-Südwestafrika zu Ende geführt. Bewilligt wurden zwei Forderungen, nämlich 90 000 Mk. zur Befreiung von Zehnten in Südsüdwest und Ersatzsumme von 100 000 Mk. zur Gewährung von Zehnten an ausgediente Angehörige der Schutztruppe und an wehrfähige Reichsangehörige, welche als Landwehr sich in konzentrierten Niederlassungen etablierten. Abgelehnt wurde dagegen die Forderung von 10 1/2 Millionen zur Stillstellung für die Farmer trotz wiederholter lebhafter Verworfung durch die Regierungskomitee. Die Wehrzeit wird darauf hin, daß bereits 5 Millionen für diesen Zweck bewilligt wurden, ohne daß über die Vergebung der Summe irgendwelche Mitteilung erfolgt wäre. Anzunehmen ist folgende Resolution des Abg. Müller-Fulda (Zentr.): Der Kommission alsbald einen Nachweis über die Verwendung der bereits bewilligten Anleiheunterstützungen von 5 Millionen Mark, sowie einen Nachweis der gesamten getätigten und festgestellten Entschuldigungsverhältnisse in der Weise zu geben, daß aus denselben ersichtlich ist: 1. Name und Beruf der Geschädigten, 2. deren frühere und jetzige Vermögensverhältnisse, 3. die bereits gezahlten, noch beizubehalten resp. zugehörigen Entschuldigungs- resp. Unterstützungsbeträge.

Mein zum Handwerk jurist!
Während im Handlungsgeschäft ein drückendes Ueberangebot von Arbeitskräften besteht, jedoch Handlungsgeschäftsbereine vor übertriebener Konkurrenz auf den Kaufmannsberuf warnen, macht sich in vielen Handwerksbetrieben ein großer Mangel an Lehrlingen bemerkbar. Es war daher ein sehr dankenswertes Vorgehen der Regierung zu Breslau, anzunehmen, daß durch die Lehrer in den oberen Klassen der Volksschulen, namentlich in den Städten, auf die Vorteile hingewiesen werde, die der Eintritt in die Lehre eines tüchtigen Handwerksmeisters und die Erlernung eines Handwerks auch heute noch gewährt. Es steht zu erwarten, daß man sich diesem Vorgehen auch in den übrigen Regierungsbezirken bald anschließt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 27. Mai 1906.

16. Sitzung vom 26. Mai 1906, 11 Uhr.
Im Ministerrat: Frhr. v. Reibnaben.
Präsident Frhr. v. Reibnaben eröffnet die Sitzung.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen. Eine Petition von Emil Klotz zu Friedrichsberg namens des Gemeindevereins Friedrichsberg-Vorhaben um Eingebung von Teilen der Gemeindebezirke Zitzberge und Mummelsburg in Berlin wird durch Tagesordnung erledigt, ebenso eine Petition des Verbandes der Bezirksamtssekretäre der Provinz Posen um entsprechende Anstellung der Bezirksamtssekretäre als Staats- oder Kreisbeamte. Eine Petition des benachteiligten Labenwebers Karl Peger zu Raumburg a. E. um Bewilligung einer Rente beantragt die Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen.
Ein Regierungskommissar empfiehlt motivierte Tagesordnung.

Für den Kommissionsantrag findet sich keine Mehrheit. Damit ist die Petition erledigt.
Der Gegenantrag auf Anhebung der Amtsgeldbezirke Rosten und Schmiegel wird ohne Erörterung unverändert angenommen.

Der Antrag Dr. Graf Jork von Wartenburg, enthaltend den Gegenantrag zur Deklaration des Komunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1863, Ergänzung von Gebühren und von Steuern vom Grundbesitz in Gemeinden, beantragt die Kommission unverändert anzunehmen.

Der Initiativantrag wird bei den §§ 7, 20 und 27 zwischen Verwaltung und Rechtsprechung hervorgerufenen Widersprüche beseitigen und eine Klarstellung des geltenden Rechtszustandes herbeiführen.
Dr. Graf Jork v. Wartenburg bittet den Antrag anzunehmen.

Das Haus beschließt so.
Es folgt die Beratung der vom Abgeordnetenhaus unter Anhebung der Regierungsvorlage angenommenen Novelle zum Einkommensteuer- und Ergänzungsteuergesetz.

Die Kommission hat einige Änderungen vorgenommen, die im wesentlichen reaktionärer Natur sind.
Auf eine Anfrage des Frhr. v. Durant erklärt Finanzminister Frhr. v. Reibnaben, daß die Beiträge für die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung und ähnliche Zwecke nur leitend der Arbeitnehmer abzugeben sind, soweit sie den Betrag von 600 Mk. jährlich nicht übersteigen.

Dr. Graf Jork v. Wartenburg bittet den Minister, möglichst Klarheit darüber zu schaffen, was die Steuerpflichtigen an Realsteuern abgeben können. Es würde da bei vielen Jenigen die irrtümliche Auffassung entstehen, daß sie berechtigt seien, auch die von den Gemeinden erhobene Grundsteuer zu abzugeben.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom 26. Mai 1906, 11 Uhr.
Im Ministerrat: Dr. Studt.
Präsident v. Fröcher eröffnet die Sitzung.

Die zweite Lesung des Volksdienstunterstützungsgesetzes wird fortgesetzt beim § 40, der befanntlich den Hauptzinspunkt bildet. In diesem Paragraphen, der von der Regierung herkommt, wird nämlich u. a. bestimmt, daß die Befreiung von Stellen, deren Inhabern Leistungsbefähigkeit zwischen (Reformer, Hauptlehrer usw.), durch die Schulamtsbehörden erfolgen soll.

Die nationalliberale Fraktion beantragt, daß den Gemeinden, in welchen bisher die Schulen kommunalrechtlich waren und den Gemeindeorganen ein selbständiges Recht auf Befreiung der Reformer und Hauptlehrer zuzukommen, ebenso wie in denjenigen Gegenden, welche Schulstellen ausschließlich auf eigene Kosten unterhalten, das ihnen zustehende Befreiungsrecht verleiht. Ein Zweifel darüber, ob und in welchem Umfang ein solches Recht besteht, soll im Verwaltungstreitverfahren entschieden werden.

Die Abg. Gajl (fr. Vpt.) und Genossen beantragen noch, daß die Kreisamtssekretäre und die Kreisamtssekretärinnen in demselben Maße zu übertragen ist.
Kultusminister Dr. Studt erklärt einer geringen Äußerung des Abg. Kopff gegenüber, er (der Minister) habe geäußert, die Berliner Lehrer seien sozialistisch durchdrungen und Äußerungen, die er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung getan habe. Als Quelle für diese Äußerung sei ein Schreiber angeführt worden, mit dem er eine Unterredung gehabt haben soll. Der Schreiber habe ihm gegenüber aber nicht erklärt, daß er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung über den Minister gemacht habe. Mit der positiven Erklärung, daß er eine derartige Äußerung gemacht habe, stelle der Abg. Kopff eine völlig unzulässige Behauptung als Faktum hin. Er erinnere hierbei an die ähnliche Behauptung des Abg. Kopff in der Angelegenheit des bekannten Lehrers West, die er damals ebenfalls als frei erlassen erklärt konnte. (Beifall des Frhr. v. Reibnaben.) Darum befreit Herr Kopff diejenige Person, die West (Beifall des Frhr. v. Reibnaben) vertritt.

Abg. Gajl (fr. Vpt.) und Genossen beantragen noch, daß die Kreisamtssekretäre und die Kreisamtssekretärinnen in demselben Maße zu übertragen ist.
Kultusminister Dr. Studt erklärt einer geringen Äußerung des Abg. Kopff gegenüber, er (der Minister) habe geäußert, die Berliner Lehrer seien sozialistisch durchdrungen und Äußerungen, die er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung getan habe. Als Quelle für diese Äußerung sei ein Schreiber angeführt worden, mit dem er eine Unterredung gehabt haben soll. Der Schreiber habe ihm gegenüber aber nicht erklärt, daß er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung über den Minister gemacht habe. Mit der positiven Erklärung, daß er eine derartige Äußerung gemacht habe, stelle der Abg. Kopff eine völlig unzulässige Behauptung als Faktum hin. Er erinnere hierbei an die ähnliche Behauptung des Abg. Kopff in der Angelegenheit des bekannten Lehrers West, die er damals ebenfalls als frei erlassen erklärt konnte. (Beifall des Frhr. v. Reibnaben.) Darum befreit Herr Kopff diejenige Person, die West (Beifall des Frhr. v. Reibnaben) vertritt.

Abg. Gajl (fr. Vpt.) und Genossen beantragen noch, daß die Kreisamtssekretäre und die Kreisamtssekretärinnen in demselben Maße zu übertragen ist.
Kultusminister Dr. Studt erklärt einer geringen Äußerung des Abg. Kopff gegenüber, er (der Minister) habe geäußert, die Berliner Lehrer seien sozialistisch durchdrungen und Äußerungen, die er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung getan habe. Als Quelle für diese Äußerung sei ein Schreiber angeführt worden, mit dem er eine Unterredung gehabt haben soll. Der Schreiber habe ihm gegenüber aber nicht erklärt, daß er niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung über den Minister gemacht habe. Mit der positiven Erklärung, daß er eine derartige Äußerung gemacht habe, stelle der Abg. Kopff eine völlig unzulässige Behauptung als Faktum hin. Er erinnere hierbei an die ähnliche Behauptung des Abg. Kopff in der Angelegenheit des bekannten Lehrers West, die er damals ebenfalls als frei erlassen erklärt konnte. (Beifall des Frhr. v. Reibnaben.) Darum befreit Herr Kopff diejenige Person, die West (Beifall des Frhr. v. Reibnaben) vertritt.

können und nicht dazu entschließen, wolleverordnete Rechte hinzugeben. Wenn der Staat 4000 Nettoernteleten selbständig best, wäre es wohl möglich, die 1700 Nettoernteleten, deren Befreiung jetzt den Gemeinden zuzuführen, ihnen noch weiter zu bestellen. Aus diesen Erträgen heraus ist unter Antrag entstanden, und wir hoffen, daß es gelingen wird, auf seinem Wege zu einer Einigung zu gelangen. (Beif. Beifall.)
Ministerialdirektor D. Schwarzenberg befreit, daß es sich bei diesen ganz erweiterten Befreiungen der Gemeinden um wolleverordnete Rechte handele. Es handle sich vielmehr nur um die tatsächliche Handhabung einer Schulamtsfunktion, die die Interessierten veranlassen eingeführt hat, also um eine Art von dem Staat. Den nationalliberalen Antrag könne man zur Grundlage einer Befreiung machen, weil er nicht darauf hinausgehe, dem Staat die Rechte zu nehmen, die er habe, und weil er es bei dem betreffenden Rechte belassen wolle.

Abg. Dr. Bremer (l.) erklärt, daß die Nonkonformisten bereit seien, in die Hand zur Befreiung der Gemeinden unter dem Vorbehalt, daß wir eine brandbare Grundlage finden. Seine Freunde hoffen aber, bis zur dritten Lesung zu einer Verständigung zu gelangen. (Beif. Beifall.)

Abg. Dr. Dietrich (Zentr.) erklärt, daß für seine Freunde die Situation im Augenblick nicht geläufig genug sei. Darum könnten seine Freunde vorzeitig für die Kommissionsentscheidung. Abg. Frhr. v. Scholtz (fr. Vpt.) hofft, daß die Nonkonformisten bis zur dritten Lesung zu einer Verständigung gelangen. Seine Freunde würden für den Antrag der Nationalliberalen stimmen und lehnen, wenn dieser keine Annahme finden sollte, den Antrag § 40 ab. (Beifall.)

Abg. Ministerberg (nl.) hält es für zweckmäßiger, die Lehrer- und Rektoratswahl einheitlich für das ganze Land zu regeln.

Abg. Gajl (fr. Vpt.) hofft, daß nach der Rede des Abg. Schiffer eine Verständigung des Antrags nicht zu befürchten sei. Er glaube, daß das Land denjenigen Recht geben werde, die die Rechte der Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu wahren suchten. (Beif. Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Wir stehen mit dem Antrag auf dem Standpunkt, daß wir das bestmögliche Recht wollen. Ich glaube nicht, daß es dem Abg. Dr. Bremer möglich ist, unserem Antrag eine bessere Fassung zu geben. Geringer es doch, so würden wir gern bereit sein, für diesen neuen Antrag zu stimmen.

Abg. Kopff (fr. Vpt.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bremer. Er habe bei der Mitteilung der Regierung die Hoffnung ausgesprochen, daß es sich anders verhalten möge. Wenn einer nationalerlei Meinung dieser Befreiungsanträge wäre also gar keine Rede sein. Dieser sei es auch in diesem Hause nicht üblich gewesen, einen politischen Gegner Worte unterzulegen, zu denen er sich nicht bekennt. (Beif. Beifall.)

Abg. Gajl (fr. Vpt.) erklärt, daß er sich nicht bekennt. Er habe bei der Mitteilung der Regierung die Hoffnung ausgesprochen, daß es sich anders verhalten möge. Wenn einer nationalerlei Meinung dieser Befreiungsanträge wäre also gar keine Rede sein. Dieser sei es auch in diesem Hause nicht üblich gewesen, einen politischen Gegner Worte unterzulegen, zu denen er sich nicht bekennt. (Beif. Beifall.)

Abg. Gajl (fr. Vpt.) erklärt, daß er sich nicht bekennt. Er habe bei der Mitteilung der Regierung die Hoffnung ausgesprochen, daß es sich anders verhalten möge. Wenn einer nationalerlei Meinung dieser Befreiungsanträge wäre also gar keine Rede sein. Dieser sei es auch in diesem Hause nicht üblich gewesen, einen politischen Gegner Worte unterzulegen, zu denen er sich nicht bekennt. (Beif. Beifall.)

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung vom 26. Mai 1906, 11 Uhr.

Am Bundesratsstift: Graf Poldowski, Frhr. v. Reibnaben.
Präsident Frhr. v. Reibnaben eröffnet die Sitzung.

Der Antrag des Grafen Poldowski, den Reichstag zu beschließen, daß die Reichsregierung die Befreiung der Gemeinden von Grundbesitz zu beschließen, beantragt die Kommission unverändert anzunehmen.

Das Haus nimmt dann den Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 13. November über die Erörterung an.

Abg. Dr. Dahlen (Zentr.) erklärt Bericht über die Kommissionsverhandlungen und begründet dabei die folgenden Resolutionen der Kommission:

1. bei den Abschlüssen neuer Handelsverträge keinesfalls in Ermittlungen der Zustände des geltenden Generalzolls zu willigen, welche noch unter die bereits in den abgeschlossenen Handelsverträgen zugestimmten Zollbefreiungen heruntergehen;
2. bei dem Abschluß des Innern geschlossenen, Wirtschaftlichen Austausch zur Vorbereitung von Handelsverträgen in Verbindung mit dem bindenden Abschluß neuer Handelsverträge einzuweisen und unter Zustimmung des Reichstages der beteiligten Interessenten genehmigt zu werden;
3. den „Wirtschaftlichen Austausch“ alsbald zu ergreifen in der Richtung, daß alle Interessenten der deutschen Produktion möglichst gleichmäßig in denselben vertreten sind;
4. die verbundenen Regierungen zu erziehen, dahin zu wirken, daß zu Gunsten der heimischen Arbeitervorteilung, sowie der Sozial- und Arbeiterinteressen ungeachtet Eisenbahn Ausnahmestellen in den einzelnen Bundesstaaten eingeführt werden.

Sämtliche Artikel wurden ebenfalls genehmigt. In der Resolution der Kommission gab

Abg. Graf Schwerin-König (kon.) folgende Erklärung ab:
Wir können dem Handelsverträge nur zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung auch den Standpunkt teilt, der in der Resolution der Kommission zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich möchte daher doch hier an den Herrn Vertreter des Reichstages die Anfrage richten, ob derselbe die in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Wünsche anerkennt.

Staatssekretär Dr. Graf v. Poldowski: Ich habe zu der Resolution der Kommission zu erklären. Ich betrachte den heutigen deutschen Kontinentalvertrag als durch die bisherigen Verhandlungen abgeklärten und Abschlüssen nur insofern noch als möglich, als es sich um Spezialfragen anderer Länder handelt, die den einheimischen Arbeitern keine unmittelbare Konkurrenz machen. Ferner halte ich es für wichtig und notwendig, daß vor dem Abschluß neuer Handelsverträge der Wirtschaftliche Austausch gebührend und wirksam durch die Kommissionen und Sonderkommissionen aus allen Interessentenkreisen herbeigeführt werden. Daß vor dem Abschluß der Handelsverträge der Wirtschaftliche Austausch nicht gebührend herbeigeführt wird, lag an den mangelhaften zeitlichen Verhältnissen. Im übrigen

Halle'sche Nachrichten.

Halle a. S., den 27. Mai. - Zoologischer Garten. Mit Bezug auf die bei den Affenintelligenzuntersuchungen veröffentlichten...

getilgt werden konnten, die vorzügliche Lage der Holzindustrie, die hervorragende Entwicklung der...

Dele und Oelröhre. - Hamburg, 26. Mai. Kübbel fct. loco verkauft 52,50. - Paris, 26. Mai. Kübbel matt, Mai 59,50, Juni 59,00...

- Städtische Vertretung an der deutschen Vertreterversammlung. Der hiesige Magistrat hat sich zur Erlangung des...

Table with 2 columns: Name and Value. Includes entries like 'Metallhandl. (der Reichsbank an hiesigen heimischen Gelde...)' and 'Kassapfand...'.

B. Tiere und tierische Produkte. - Berlin, 26. Mai. Städtischer Schlachthofmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. (S. Handel zum Verkauf: 4760 Minder...)

Allgemeines.

Table titled 'Wochenbericht der Reichsbank vom 23. Mai.' with columns for 'Aktiva' and 'Passiva'.

Börsen- und Handelsstell.

Käufliche auf das Börsen- und Wirtschaftsleben.

Das Hauptmerkmal des abgelaufenen Berichtsjahres war die Ermäßigung des Diskonts der Deutschen Reichsbank...

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel. - Magdeburg, 26. Mai. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen beziehen sich für 1000 kg netto...

Letzte Telegramme.

Berlin, 26. Mai. Der Reichstag schloste mit 143 gegen 119 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen das Gehalt des Staatssekretärs des Kolonialamts ab.

Auf die Weise machte die Herabsetzung des Diskonts einen besonderen Eindruck. Sie verarbeitete weiter in der Luftlosigkeit, in welcher sie mit demselben eingeleitet war.

